

Aus:

Im Roulette der Finanzmärkte

Herausgeber: Widowitsch-Breiner-Wall-Grasen

Promedia Verlag,

Wien 2002

STEPHAN SCHULMEISTER

Strategien gegen den Neoliberalismus

Ansätze zur Bewältigung eines gesellschaftlichen Problems

Die wichtigsten Merkmale und Konsequenzen des Neoliberalismus lassen sich deutlich machen, indem man die gesamtgesellschaftliche Performance in den letzten 25 Jahren, die von dieser Doktrin geprägt wurden, mit jener in der vorangegangenen Entwicklungsphase vergleicht. Für ein Verständnis der jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen Dynamik ist es zweckmäßig, drei Hauptinteressen zu unterscheiden, jene des Realkapitals, des Finanzkapitals und der Arbeit.

Realkapital, Finanzkapital und Arbeit

Die gesellschaftliche Dynamik wird geprägt durch die Interaktion von drei Interessen:

1. Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des *Realkapitals* entfaltet sich auf den Gütermärkten und wird deshalb durch ein hohes Wirtschaftswachstum gefördert, indirekt insbesondere durch einen niedrigen Zinssatz und Wechselkurs.
2. Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des *Finanzkapitals* entfaltet sich auf den Finanzmärkten und zwar entweder durch Halten von Finanzvermögen (dies verlangt einen hohen Zinssatz und Wechselkurs) oder durch Handeln mit Finanztiteln (dies verlangt eine hohe Instabilität ihrer Preise); beide „Entfaltungsbedingungen“ dämpfen das Wirtschaftswachstum.
3. Das Erwerbs- und Beschäftigungsinteresse der Arbeit erfordert ein (hinreichend) hohes Wirtschaftswachstum, eine der Arbeitsproduktivität entsprechende Entwicklung der Reallöhne und damit eine dynamische Entwicklung der Gütermärkte.

Diesen drei Interessen entsprechen keine homogene soziale Gruppen („Klassen“): *ArbeitnehmerInnen* sparen und akkumulieren so Finanzvermögen; sie haben daher gleichzeitig Arbeitnehmerinteressen und Rentierinteressen.

Unternehmer des „non-financial business“ sind zwar in ihrer Gesamtheit (als Sektor) Nettoschuldner, in dem Ausmaß jedoch, in dem sie Finanzaktiva halten und ein entsprechendes Portfoliomanagement betreiben, haben auch sie ebenfalls Rentierinteressen.

Allerdings lassen sich durchaus soziale Gruppen nach der Dominanz ihrer ökonomischen Interessen unterscheiden: Die meisten ArbeitnehmerInnen sind

„hauptberuflich“ ArbeitnehmerInnen und die meisten Unternehmer im „non-financial business“ sind „hauptberuflich“ Unternehmer (ihre Finanzkapitalerträge sind im Vergleich zu ihren Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit bedeutungslos). Wegen der enormen Konzentration der Verteilung des Finanzvermögens ist die Zahl der „hauptberuflichen“ Rentiers viel kleiner als jene der „hauptberuflichen“ Unternehmer bzw. ArbeitnehmerInnen.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich durch (stillschweigende) „Interessengemeinschaften“ der Unternehmerschaft entweder mit den („hauptberuflichen“) Rentiers (wie in den dreißiger Jahren) oder den Arbeitnehmern (wie in den fünfziger und sechziger Jahren) geprägt. Um das Entstehen und Vergehen solcher „Bündnisse“ zu begreifen, muss zwischen ökonomischen und politischen Gegensätzen in der „Interessenstrategie“ unterschieden werden:

Ökonomisch ist der Interessensgegensatz zwischen Realkapital und Finanzkapital schärfer als zwischen Realkapital und Arbeit. Das wird nicht nur am Verteilungskonflikt deutlich (Lohnzahlungen fließen als Konsumausgaben wieder an die Unternehmen zurück, Zinszahlungen werden hingegen in viel höherem Ausmaß gespart), sondern auch daran, wie sehr hohe und instabile Zinssätze und Wechselkurse die unternehmerischen Tätigkeiten auf Gütermärkten behindern. Anders formuliert: Unternehmer und ArbeitnehmerInnen haben ein gemeinsames Interesse an hohem Produktionswachstum als Voraussetzung für steigende Löhne und Gewinne.

Politisch stehen jedoch die Unternehmer den („hauptberuflichen“) Rentiers und ihre Managern bei Banken, Versicherungen und Investmentfonds näher als den Arbeitnehmern; dafür dürfte einerseits ein Gefühl der sozialen Zusammengehörigkeit bestimmend sein und andererseits das Denken in der traditionelle Dichotomie Arbeit versus Kapital (egal ob Real- oder Finanzkapital).

Das Verhältnis der „Real- und Finanzkapitalisten“ zum Staat ist gespalten: Als Vermögensbesitzer sind sie *politisch* an einem wirtschaftlich passiven Staat interessiert. Denn je wichtiger das Steuerungssystem „Markt“ ist, desto größer ist der Einfluss der Besitzer der „Geldstimmen“. *Ökonomisch* sind die Unternehmer, nicht aber die Rentiers, an einem aktiven Staat im Bereich der Verbesserung der Produktionsbedingungen, insbesondere durch Investitionen in die Infrastruktur sowie in das Bildungswesen, interessiert.

Realkapitalismus, Korporatismus und Prosperität

Sowohl Realkapital als auch Arbeit profitieren von einer Expansion der Gütermärkte, sie sind deshalb ökonomische Bündnispartner, sofern es gleichzeitig gelingt, ihren traditionellen politischen Antagonismus zu integrieren. Genau dies war in den ersten 25 Jahren der Nachkriegszeit der Fall:

- Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise wurde von Keynes eine neue Theorie entwickelt, die den *systemischen Charakter des Wirtschaftens* betonte und

damit die Bedeutung einer Kooperation von Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat mit dem Ziel, Realkapitalbildung und Beschäftigung zu fördern und deshalb die Finanzkapitalinteressen ruhig zu stellen.

- Niedrige Zinssätze und feste Wechselkurse, liberalisierte Gütermärkte, verbesserte Produktionsbedingungen durch öffentliche Investitionen und eine stabile Konsumnachfrage durch Steigerung der Reallöhne und Ausbau des Sozialstaats, lenkten das Gewinnstreben systematisch auf die *Gütermärkte*.
- Auf politischer Ebene wurde der „große Konsens“ zwischen der Unternehmerschaft und den Gewerkschaften durch den „Kalten Krieg“ und die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gefördert.

Die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit wurde somit durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Arbeit geprägt auf der Grundlage der „sozialen Marktwirtschaft“, welche zwei einander widersprechende und ergänzenden Steuerungsmechanismen kombinierte: *Konkurrenz der Individuen* auf der Ebene der Märkte und *Kooperation von Verbänden, Regierungen und Staaten* auf der Ebene der Politik. Die Interessen des auch quantitativ noch unbedeutenden Finanzkapitals wurden ruhig gestellt.

Dieses Modell war so erfolgreich, dass in Europa schon Anfang der sechziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte. In dieser Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen, eine *Umverteilung* zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche *Mitbestimmung*. Beides wurde teilweise durchgesetzt, insbesondere durch die Verdreifachung der Streiks Mitte der sechziger Jahre. Wenig später verschärfte die Studentenbewegung und gleich darauf die *Ökologiebewegung* die Kritik am (Vergeudungs-)Kapitalismus.

Finanzkapitalismus, Neoliberalismus und Wirtschaftskrise

Der ökonomische Erfolg des Bündnisses zwischen Realkapital und Arbeit reaktivierte so ihren politischen Antagonismus: Unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung drohte der „Vormarsch“ von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die gesellschaftliche Macht zulasten der Unternehmerschaft zu verschieben; sie orientierte sich daher wieder an jener Doktrin, welche den Wohlfahrtsstaat selbst als das „Grundübel“ ansieht. Nicht zufällig brachte das Jahr 1968 den Durchbruch für Milton Friedman und seine neoliberal-monetaristische Theorie:

- Der *Staat* ist der „Feind“ der Wirtschaft; je mehr er sich zurückzieht, umso besser für alle.
- Insbesondere die in der Prosperitätsphase ausgebauten *Systeme der sozialen Sicherheit* müssen beseitigt werden.
- Die *Gewerkschaften* sind die Hauptschuldigen an der Arbeitslosigkeit; sie „verführen“ die ArbeitnehmerInnen zu einem zu hohen Lohnniveau.
- Deshalb kann und soll der Staat die *Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen*.

• Zinssätze und Wechselkurse dürfen nicht stabil gehalten, sondern müssen dem *Spiel der Marktkräfte* überlassen werden.

• Das *einzige Ziel der Wirtschaftspolitik* ist die Stabilität des Geldwerts.

Mit diesen Thesen legitimierte der Neoliberalismus die politischen Interessen des Konservatismus und die ökonomischen Interessen des Finanzkapitals: Alle wirtschaftlichen Entscheidungen sollen dem Marktmechanismus unterworfen werden (wo „Geldstimmen“ zählen und nicht der Grundsatz „one man, one vote“), die Bekämpfung von Inflation und Staatsverschuldung (der beiden „Todfeinde“ des Finanzkapitals) hat absolute Priorität und die Finanzmärkte (das „Aktivitätszentrum“ des Finanzkapitals) sind vollständig zu deregulieren.

Dieses Programm wurde in Etappen umgesetzt. Anfang der siebziger Jahre wurde das Währungssystem von „Bretton Woods“ aufgegeben und die Wechselkursbildung den Marktkräften überlassen: Kurzfristig orientierte Spekulation verursachte seither enorme Kursschwankungen; da der Dollar den wichtigsten „Jeton“ darstellt, schwankt der Wert der weltwirtschaftlichen Leitwährung bei weitem am stärksten.

Die beiden ausgeprägten Abwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 entwerteten die Dollarerlöse der Erdölexporteure und wurden zur wichtigsten Ursache für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Ende der siebziger Jahre deklarierten die wichtigsten Notenbanken einen fundamentalen Kurswechsel, das Ziel einer Stabilisierung der Zinssätze wurde aufgegeben, statt dessen versuchte man eine monetaristische Politik der Geldmengensteuerung: Seither liegt der Zinssatz permanent über der Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen war. Die Unternehmen passten sich diesem „Regimewechsel“ durch eine *Reduktion ihrer Realinvestitionen* relativ zu Finanzinvestitionen an. Dies dämpfte das Wirtschaftswachstum (und damit auch die Steuereinnahmen) und ließ die Arbeitslosenunterstützungen immer mehr zunehmen: die Staatsschulden wuchsen seit Ende der siebziger Jahre rascher als das BIP, der Wohlfahrtsstaat wurde unfinanzierbar (gemacht).

Während das Wachstum von Investition, Produktion und Handel auf den *Gütermärkten* durch hohe Zinsen und instabile Finanzierungsbedingungen gedämpft wurde, boomten die *Finanzmärkte* umso mehr: im Zuge der Deregulierungen wurden Finanzinnovationen geschaffen (Futures, Optionen, Optionen auf Futures etc.), die eine Vielzahl neuer Formen von Spekulation ermöglichten. Diese erfassten alle für Investition und Produktion zentralen Preise wie Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise (insbesondere Ölpreis) und Aktienkurse.

Die zweite Hälfte der Nachkriegszeit ist somit durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Finanzkapital geprägt, (populär-)wissenschaftlich durch den Neoliberalismus legitimiert. *Politisch* haben sowohl Unternehmer als auch Rentiers dadurch gewonnen: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Sozialleistungen und ein geschwächter (Wohlfahrts-)Staat drängten die ArbeitnehmerInnen in die Defensive.

Ökonomisch haben freilich auch große Teile der Unternehmerschaft durch die Koalition mit dem Finanzkapital verloren, insbesondere die Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben, die darauf angewiesen sind, ihre Gewinne auf Gütermärkten zu machen (im Gegensatz zu großen Konzernen, welche sich auch als „Finanzkapitalisten“ betätigen können).

Hindernisse für ein neues Prosperitätsbündnis

Politisch hat der Neoliberalismus seine Schuldigkeit getan, ökonomisch hat er der großen Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und vielen Unternehmern geschadet – was steht dann seiner Überwindung und damit der Realisierung eines neuen Bündnisses zwischen Realkapital und Arbeit im Wege?

Erstens das „Zauberlehrlingssyndrom“: Nach drei Jahrzehnten der Ausbreitung des neoliberalen Denkens, wird man den (Zeit-)Geist, den man gerufen hatte, so schnell nicht wieder los. Wie wichtig dieses Phänomen ist, kann man an der Selbstverständlichkeit ermesen, mit der Ökonomen und Politiker die Ursache eines Problems dort vermuten, wo seine Symptome in Erscheinung treten: Hauptgrund für Arbeitslosigkeit ist ein zu hohes Lohnniveau (seit fast 20 Jahren sinkt die Lohnquote, in der Vollbeschäftigungsphase war sie hingegen gestiegen), Hauptgrund für Budgetdefizit und Staatsverschuldung ist der „ausufernde Wohlfahrtsstaat“, den wir uns nicht mehr leisten können (warum konnten wir das noch vor 20 Jahren und wer ist „wir“?), Hauptgrund der weltweiten Inflationsbeschleunigung waren die „Ölpreisschocks“ etc.

Gestützt wird das „Zauberlehrlingssyndrom“ durch die vom Neoliberalismus proklamierte Aufhebung des Gegensatzes zwischen Egoismus und Moral: Je stärker jeder Einzelne seinen Eigennutz verfolgt, desto mehr dient er gleichzeitig dem Allgemeinwohl kraft der auf allen Märkten obwaltenden „invisible hand“. Diese Frohbotschaft ist naturgemäß bei den gut und sehr gut Situierten besonders beliebt, am meisten bei den großen Spielern auf den „befreiten“ Finanzmärkten.

Das zweite Haupthindernis auf dem Weg zu einem neuen Prosperitätsbündnis besteht in der Schwierigkeit, die Interessen der Bürger gegen die Begünstigung des Finanzkapitals zu organisieren, da fast alle Bürger selbst (kleine) Rentiers sind. Obwohl die Finanzkapitalerträge für die meisten Unternehmer und ArbeitnehmerInnen bedeutungslos sind, können sie auf ihre Rentierinteressen angesprochen werden. Je weniger sie erkennen (können), dass hohe Zinsen, eine harte Währung, eine restriktive Wirtschaftspolitik und freie Finanzmärkte ihren Interessen als „Hobby-Rentiers“ zwar dienen, ihren viel wichtigeren Interessen als Unternehmer oder ArbeitnehmerInnen aber schaden, desto eher werden sie einer Politik im Interesse der „Profi-Rentiers“ zustimmen (jener kleinen Gruppe, für die Finanzkapitalerträge die wichtigste Einkommensquelle darstellen).

Strategien zur Überwindung des Neoliberalismus

Die Strategien zur Überwindung des Neoliberalismus sollten auf drei Ebenen ansetzen, der Kritik von Ideologie und Performance des Neoliberalismus, der Entwicklung von alternativen Konzepten und politischen Maßnahmen sowie der Mobilisierung einer politischen Gegenoffensive (dieses Aktivitätsfeld ist so vielfältig, dass es im Rahmen dieses Aufsatzes nicht weiter diskutiert wird).

a) Kritik des Neoliberalismus

Die *Ideologiekritik* des Neoliberalismus sollte insbesondere bei seiner Einseitigkeit ansetzen. Er betrachtet den Menschen nur als (rein rationales) Individuum, das seinen Eigennutz verfolgt und dabei auf Märkten mit anderen Individuen in (Tausch-)Kontakt tritt; dabei stellt die Konkurrenz den wichtigsten ökonomischen Verhaltens- und Steuerungsmechanismus dar. Der Mensch als Teil von Gemeinschaften und der Gesellschaft, (die mehr sind als die Summe ihrer Elemente) und damit auch der Steuerungsmechanismus der Kooperation bleiben ausgeblendet; denn bei vollständiger Konkurrenz löst die „unsichtbare Hand“ des „Systems Markt“ – ein quasi-göttliches Wirken – den Widerspruch zwischen individuellem Gewinnstreben und gesellschaftlichem Wohlergehen, zwischen Eigennutz und Gemeinwohl sowie zwischen Egoismus und Moral in der Harmonie eines allgemeinen Gleichgewichts auf, und zwar schon hier und heute (ein gläubiger Marxist projiziert einen solchen Zustand in die „klassenlose Gesellschaft“, ein religiöser Mensch ins Jenseits).

Für den Kampf gegen den Neoliberalismus auf ideologischer Ebene ist es zweckmäßig, Gegenthesen zu den neoliberalen Slogans zu entwickeln. Auf die Aussage „Der Staat ist der Feind der Bürger“ wäre zu entgegnen: „Der Staat ist unser ‚Verein‘, um unsere gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen, von einer solidarischen Absicherung gegen Risiken wie Krankheit, Armut im Alter oder Arbeitslosigkeit bis zur Verbesserung der Chancengleichheit durch ein staatliches Bildungswesen“. Der These „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ wäre zunächst mit der Frage „Wer ist wir?“ zu begegnen sowie mit der Gegenthese: „Der Sozialstaat wurde durch die neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte unfinanzierbar gemacht.“ (Allgemein kann in Anlehnung an Karl Kraus formuliert werden: „Der Neoliberalismus ist jene Krankheit, für deren Heilung er sich hält.“) Dem neoliberalen Dogma vom öffentlichen Sparen wäre der Grundsatz entgegenzuhalten: „Jeder Bürger soll einen seiner ökonomischen und sozialen Lage entsprechenden Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.“

Auf *empirischer Ebene* kann der Neoliberalismus insbesondere durch einen Vergleich seiner gesamtgesellschaftlichen Performance mit jener des Systems der „sozialen Marktwirtschaft“ in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit kritisiert werden (dies wurde bereits skizziert). Überdies sollte aufgezeigt werden, dass der Neoliberalismus durch *Finanzkrisen* und *Wachstumsabschwächung* sowie durch die

damit verbundene *Verschärfung der sozialen Konflikte* selbst den Boden für seine Überwindung bereiten wird. Denn je stärker die soziale Ungleichheit zunimmt und damit die gesellschaftliche Kohärenz auf globaler wie nationaler Ebene schwächt, desto stärker werden die *Gegenkräfte*, die diesen Prozess der Desintegration verlangsamten und schließlich eine Trendwende in Richtung auf eine zunehmende Integration herbeiführen.

Die Notwendigkeit einer solchen dialektisch-zyklischen Entwicklung ergibt sich zunächst aus der Tatsache, dass eine Extrapolation der wichtigsten Trends der letzten 25 Jahre die „Welt“gesellschaft in eine ökonomisch, sozial, politisch und ökologisch untragbare Situation bringen würde („unsustainable development“), und in letzter Konsequenz die gesellschaftliche Kohärenz auflösen würde. Außerdem lässt die historische Erfahrung langfristiger Entwicklungszyklen und damit der Abfolge von Perioden sozialer Integration und Desintegration vermuten, dass in den nächsten fünf bis 15 Jahren eine neue Aufschwungphase einsetzen wird.

Als die wichtigsten Probleme, deren Verschärfung in der Endphase der gegenwärtigen Krise eine Trendumkehr erzwingen wird, können angeführt werden:

1. Die inhärente Anfälligkeit des neoliberalen „Regime“ für *Finanzkrisen* und die damit verbundene *Verschlechterung der Lebensbedingungen* für Millionen Menschen. Die markantesten Beispiele dafür sind die Schuldenkrise 1982, welche insbesondere die Länder Lateinamerikas und Afrikas traf, die Mexikokrise 1994, die Finanzkrisen in Ostasien 1997, in Russland 1998 und in Brasilien 1999.
2. Die Marginalisierung einer wachsenden Zahl von Bürgern durch Arbeitslosigkeit und Verarmung wird das *Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt* zunehmen lassen, und zwar auch bei denjenigen, die persönlich von diesen Problemen nicht betroffen sind: Die gesellschaftliche Segmentierung widerspricht nämlich dem Eigennutz der Bürger in ihrer Eigenschaft als soziale Wesen. Dieses Interesse kommt in Zielen wie „soziale Sicherheit“ oder „soziale Gerechtigkeit“ zum Ausdruck, die in den europäischen Gesellschaften einen höheren Stellenwert haben als in den stärker vom Grundsatz „Jeder ist seines Glückes Schmied“ geprägten USA.
3. Auf internationaler Ebene nimmt die Gefahr politischer Konflikte mit der Tiefe der Kluft zwischen reichen und armen Ländern zu, und zwar insbesondere deshalb, weil letztere die Verletzung ihres „Selbstwertgefühls“ als Folge ihrer Marginalisierung in politischem *Nationalismus* und/oder religiösem *Fundamentalismus* kompensieren. Handelt es sich dabei – wie im Fall von Russland – auch noch um ein Land, das jahrzehntelang Weltmacht gewesen war und es militärisch noch immer ist, so kann ein weiterer Verlust der Kohärenz seiner Gesellschaft sogar zu einer globalen Gefahr werden.
4. Generell wird die wachsende ökonomische Ungleichheit zwischen den Industrieländern einerseits und den Entwicklungsländern sowie den „Transformationsökonomien“ andererseits den *Migrationsdruck* verstärken, zumal die Kenntnis vom Wohlstand der reichen Länder sowohl durch die Telekommunikation

als auch den Tourismus weltweit diffundiert. Mit der Zunahme von (illegaler) Immigration in die Industrieländer wird die Einsicht wachsen, dass dieser Prozess langfristig nur dann gestoppt werden kann, wenn ein (bescheidener) Wohlstand auch bei den weniger entwickelten Ländern einzieht (bzw. eine konkret begründete Hoffnung darauf). Anderenfalls werden die „Armen“ zu den „Reichen“ drängen und damit die Konflikte innerhalb ihrer Gesellschaften verstärken (Stichwort „Ausländerfeindlichkeit“).

5. Die globalen *Umweltprobleme*, insbesondere die Möglichkeit einer langfristigen Klimaveränderung und ihre vielfältigen Folgen, werden den Druck zu einem weltweit koordinierten Vorgehen verstärken, was wiederum eine globale Wachstumsstrategie erfordert.

Im Folgenden werden zunächst die Gestaltungsprinzipien einer neuen langfristigen Aufschwungsphase und wichtige Maßnahmen zu ihrer Realisierung beschrieben.

b) Gestaltungsprinzipien der Gesellschaftspolitik als Alternativen zum neoliberalen Modell

Welche Alternativen zum neoliberalen Modell gibt es? Die Neugestaltung der Rahmenbedingungen auf globaler wie nationaler Ebene sollte sich an sechs Prinzipien orientieren:

1. Gestaltungsprinzip: *Stärkung des „Steuerungsmechanismus Kooperation“* und damit auch des *Systems Politik* als Voraussetzung für eine effiziente Kombination mit dem „Steuerungsmechanismus Konkurrenz“ bzw. dem System Markt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der Umweltqualität notwendig, aber auch zur Verwirklichung eines sozialen Ausgleichs.
2. Gestaltungsprinzip: *Stärkung des „Systems Politik“* auf internationaler Ebene als Voraussetzung für eine solche *Neugestaltung der globalen Rahmenbedingungen*, die die Globalisierung von Unternehmen und Märkten durch eine „Globalisierung der Politik“ akkommodiert. Dazu bedarf es insbesondere eines stabilen Weltwährungssystems, aber auch kooperativer Wachstumsstrategien. Nicht zuletzt macht auch die drohende Klimaveränderung eine verstärkte internationale Kooperation nötig.
3. Gestaltungsprinzip: Lenkung des Gewinnstrebens von kurzfristig-spekulativen Transaktionen auf Finanzmärkten zu *langfristig orientierten Aktivitäten auf Gütermärkten*. Dieser Leitlinie würde nicht nur eine Stabilisierung des Weltwährungssystems dienen, sondern auf europäischer Ebene insbesondere eine die Realkapitalbildung und damit das Wirtschaftswachstum fördernde Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, sowie eine steuerliche Besserstellung von Gewinnen aus realwirtschaftlicher Produktion im Vergleich zu Erträgen aus Finanzvermögen.
4. Gestaltungsprinzip: *Förderung von sozialen Innovationen* auf unternehmerischer und gesamtwirtschaftlicher Ebene zur gesellschaftlichen Integration der techni-

schen Innovationsdynamik. Mit dieser Leitlinie soll der Konflikt zwischen dem steigenden Produktivitätspotential und dem gedämpften Wirtschaftswachstum zumindest gemildert werden. Das Spektrum sozialer Innovationen reicht von einer wachstumsfördernden makroökonomischen Politik bis zu neuen Arbeitszeitmodellen.

5. Gestaltungsprinzip: Verstärkte *Berücksichtigung der Ökologie* bei Neugestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf globaler wie nationaler Ebene. Dies ist insbesondere für die Erneuerung der „rules of the game“ im Welthandel und bei den Direktinvestitionen relevant, aber auch für die Planung der Verkehrsinfrastruktur und die Energiepolitik.

6. Gestaltungsprinzip: Entwicklung eines *eigenständigen Wegs der Europäischen Union* zu mehr sozialer Gerechtigkeit und individueller Entfaltungsmöglichkeit, insbesondere durch Vollbeschäftigungspolitik, und zwar nicht nur in quantitativer, sondern auch qualitativer Hinsicht. Das (kontinental-)europäische Gesellschaftsmodell ist in Abgrenzung zum amerikanischen Modell zu stärken, da es den Lebensgewohnheiten und Wertvorstellungen der EuropäerInnen besser entspricht, indem es nach einem Ausgleich zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung strebt.

Betrachtet man diese Grundsätze in ihrem Zusammenhang, so ergibt sich als Leitbild die *Erneuerung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft*, das in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit eine hervorragende gesellschaftliche Performance ermöglichte hatte.

Für die Weltwirtschaft als Gesamtsystem impliziert dieses Ziel einen langfristigen *Konvergenzprozess*: Die weniger entwickelten Regionen wachsen überdurchschnittlich rasch, ihr Aufholprozess ermöglicht es, zumindest einen Teil ihrer Auslandsschulden abzutragen; dies impliziert wiederum, dass die Industrieländer als Gläubiger ihren Konsum stärker steigern als ihre Produktion (auch aus diesen global-ökonomischen Gründen ist eine weitere Verkürzung der Lebensarbeitszeit in der „Ersten Welt“ sinnvoll).

Für die Europäischen Union bedeutet dieses Ziel, einen *eigenständigen Entwicklungspfad* zu finden, welcher den Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten ihrer BürgerInnen entspricht, und daher nach einem Ausgleich zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung strebt: die Erneuerung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft.

c) Globale Maßnahmen zur Realisierung einer neuen Prosperitätsphase

Im folgenden sollen wichtige Änderungen der Rahmenbedingungen auf globaler und europäischer Ebene skizziert werden, die den sechs Gestaltungsprinzipien entsprechen und gemeinsam eine neue Prosperitätsphase ermöglichen.

Vier Projekte könnten wesentlich zu einer Steigerung und Verstärkung des Wirtschaftswachstums auf globaler Ebene beitragen.

Projekt 1: Erneuerung des Weltwährungssystems. Die systemische Hauptursache von Ölpreisschocks und internationalen Finanzkrisen, aber auch der exzessiven Auslandsverschuldung der USA besteht darin, dass eine globale Wirtschaft eine echte Weltwährung benötigt, eine solche aber nicht existiert; vielmehr spielt der Dollar eine Doppelrolle als nationale Währung der USA und als (Ersatz-) Weltwährung, in der alle Rohstoffe und die meisten internationalen Schulden notieren. Die Schaffung des Euro sollte deshalb zum Anlass genommen werden, die Wechselkurse zwischen den drei wichtigsten Währungen Dollar, Euro und Yen zu stabilisieren (analog zum Vorläufer der europäischen Währungsunion, dem EWS). Dies wäre ein erster Schritt zur Schaffung einer echten Weltwährung, welche als „numeraire“ für weltwirtschaftliche „flows“ und „stocks“ fungiert und aus einem Bündel der wichtigsten nationalen Währungen besteht (ähnlich dem ECU im Rahmen des EWS).

Projekt 2: Stabilisierung der Rohstoffpreise und der Realzinsen für internationale Schulden. Zusätzlich sollten die „standard commodities“ wie Rohstoffe, aber auch die internationalen „financial stocks“ nicht mehr in Dollar, sondern in einem Bündel der drei wichtigsten Währungen notieren. Dies würde die enormen Schwankungen der Rohstoffpreise und der Realzinsen für internationale Schulden verhindern und damit auch jene Umverteilungen zwischen den Exporteuren und Importeuren von Rohstoffen bzw. zwischen den internationalen Dollargläubigern und Dollarschuldnern, die in den letzten 25 Jahren die weltwirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigten.

Projekt 3: Schrittweise Harmonisierung der sozialen und ökologischen Standards. Um zu verhindern, dass sich immer mehr Länder durch Absenkung sozialer und ökologischer Standards Standortvorteile auf Kosten anderer verschaffen, muss man eine systemisch orientierte (Welt-)Wirtschaftspolitik, eine globale Harmonisierung dieser Standards anstreben. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Die Angleichung sollte so erfolgen, dass die Länder mit den niedrigsten Standards an jene mit den höchsten Standards herangeführt werden. Und die Angleichung muss langsam erfolgen, wobei die Länder mit dem niedrigsten Entwicklungsniveau die längsten Anpassungsperioden nutzen können. Eine solche Politik würde nicht nur einen langfristigen Konvergenzprozess in der Weltwirtschaft fördern, sondern gleichzeitig auch ein „sustainable development“ (eine „nachhaltige Entwicklung“) des „Raumschiffs Erde“.

Projekt 4: Erneuerung des Konzepts eines „Marshall-Plans“ für die Entwicklungsländer und ehemaligen Planwirtschaften. Die Sinnhaftigkeit der Bereitstellung niedrig verzinsten und nur langfristig rückzahlbarer Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur sowie der Umweltbedingungen soll am Beispiel der osteuropäischen Länder einschließlich Russlands skizziert werden:

- a. Nach Jahrzehnten der Misswirtschaft sind die meisten Produktionsanlagen in diesen Ländern technologisch veraltet und stellen (deshalb) eine enorme Belastung der Umwelt dar.

- b. Die für eine Erneuerung des Produktionsapparats sowie der Infrastruktur benötigten Investitionsgüter gehören zum Bereich der „gehobenen“ Technologien und können daher überwiegend nicht in den ehemaligen Planwirtschaften selbst erzeugt werden, wohl aber in den Industrieländern Westeuropas.
 - c. Deshalb wäre es für beide Regionen ökonomisch und ökologisch vorteilhaft, wenn die Wirtschaftspolitik die Initiative für eine solche „Generalsanierung“ ergriffe. Die dadurch mögliche Verbesserung der Wirtschaftslage in Osteuropa würde überdies den Migrationsdruck nach Westen mindern und so die Akzeptanz der Osterweiterung der EU erhöhen.
- Das Hauptziel einer solchen Finanzhilfe ist es, den ökonomischen, ökologischen und sozialen Konvergenzprozess in der Weltwirtschaft zu fördern, sie sollte deshalb nicht nur Osteuropa, sondern auch die „Dritte Welt“ umfassen.

d) Erneuerung der europäischen Rahmenbedingungen

Die wichtigsten Ansatzpunkte für eine solche Gesamtstrategie, welche in Europa eine „nachhaltige Entwicklung“ in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht ermöglicht und gleichzeitig den Traditionen und Wertvorstellungen seiner Bürger entspricht, bestehen in folgenden fünf Projekten.

Projekt 1: Stabile und wachstumsorientierte Geldpolitik. Die wichtigsten Teilziele einer solchen Strategie sind einerseits die Förderung der Realinvestitionen der Unternehmen relativ zu ihren Finanzinvestitionen und andererseits die Stärkung des Konsums der Haushalte relativ zu ihrem Sparen. Um diese Ziele zu erreichen, müsste die Geldpolitik der EZB folgendermaßen ausgerichtet sein:

- a. Die Leitzinsen sollten auf einem solchen Niveau stabilisiert werden, das sicherstellt, dass die für den Unternehmenssektor relevanten Kreditzinsen die (erwartete) Wachstumsrate nicht wesentlich übersteigen und im „Idealfall“ sogar leicht unterschreiten.
- b. Die Zinspolitik sollte sich daher an der Förderung der unternehmerischen Realinvestitionen orientieren und nicht zum Zweck der Inflationsbekämpfung eingesetzt werden, denn Zinssteigerungen erhöhen die Produktionskosten und dämpfen die Inflation nur über eine (vermeidbare) Rezession.
- c. Bei einer erwarteten bzw. tolerierten Inflation von ungefähr 2 % und einer mittelfristigen Wachstumsrate von etwa 2,5 % sollte der Euro-Leitzinssatz bei 2,5 % liegen (in diesem Fall läge der Euro-Kreditzins etwa auf dem Niveau der nominellen Wachstumsrate von 4,5 %).

Ein auf niedrigem Niveau stabilisierter Zinssatz, der Wegfall der innereuropäischen Wechselkursinstabilität sowie ein „fairer“ (also nicht „harter“) Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar würden gemeinsam Investitionen und Exporte in der EU fördern und damit das Wachstum von Produktion und Beschäftigung.

Projekt 2: Verbesserung der gesamteuropäischen Infrastruktur. Die Wachstumspolitik sollte den „Rückstau“ an Infrastrukturinvestitionen insbesondere im Bereich

der Erweiterung und Erneuerung der transeuropäischen Verkehrs- und Kommunikationsnetze „aufarbeiten“. Die dafür benötigten Investitionen würden wegen ihres Volumens und ihrer breiten regionalen Streuung das Wachstum von Produktion und Beschäftigung unmittelbar beleben. Überdies würde die effizientere Infrastruktur die Produktionsbedingungen für die Unternehmen verbessern und daher auch indirekt ein höheres Wirtschaftswachstum nach sich ziehen.

Projekt 3: Neugestaltung der steuerlichen Rahmenbedingungen in der EU. Eine schrittweise Harmonisierung des Steuersystems innerhalb der EU ist nicht nur deshalb notwendig, um den Integrationsprozess voranzutreiben bzw. die Gegenteilendenz eines „Steuersenkungswettbewerbs“ zu verhindern, sondern sollte als wesentliche Komponente einer Gesamtstrategie einerseits Aktivitäten auf Gütermärkten im Vergleich zu solchen auf Finanzmärkten besser stellen und andererseits den Verbrauch nicht erneuerbarer und umweltschädigender Ressourcen stärker belasten.

Die wichtigsten Elemente einer Neugestaltung der steuerlichen Rahmenbedingungen sollten sein:

- a. Höhere Besteuerung der Erträge aus Finanzvermögen relativ zu Gewinnen aus Realkapitalbildung und unternehmerischer Tätigkeit: nicht zuletzt wegen der hohen Mobilität des Finanzkapitals und seiner uneinheitlichen Besteuerung wird derzeit die Bildung von Produktivkapital steuerlich relativ zur Finanzveranlagung benachteiligt.
- b. (Höhere) Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Transaktionen auf Finanzmärkten, insbesondere mittels der Derivate: derzeit sind solche Gewinne in vielen Fällen überhaupt steuerfrei, wodurch Finanzaktivitäten im Vergleich zu Tätigkeiten auf Gütermärkten schlechter gestellt werden.
- c. Berücksichtigung aller sozialen Kosten bei Gestaltung der Steuer- und Abgabenbelastung von Verkehrsleistungen (Treibhausgase, sonstige Schadstoffe, Lärmbelastigung).
- d. Einführung einer einheitlichen Besteuerung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, insbesondere fossiler Brennstoffe für die Energiegewinnung bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung des Faktors Arbeit.

Projekt 4: Sonstige Maßnahmen einer ökologischen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Neben dem Projekt der „transeuropäischen Netze“ und einer Ökologisierung des Steuersystems, sollte die Umgestaltung des „europäischen Modells“ zu einer „ökosozialen Marktwirtschaft“ auch durch eine Vereinheitlichung der Umweltstandards und eine Förderung der zu ihrer Erreichung nötigen Innovationen und Investitionen vorangetrieben werden; dies betrifft insbesondere eine forcierte Reduktion der Schadstoffemissionen von Unternehmen und Haushalten (verbesserte Abgas- und Abwasserreinigung, Förderung des Einsatzes von Kraft-Wärme-Kupplungen sowie sonstiger umweltverbessernder Investitionsgüter, thermische Gebäudesanierung etc.), aber auch die Sanierung von „Altlasten“ wie Mülldeponien.

Projekt 5: Flexibilisierung und Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Um sowohl den technischen Fortschritt und damit ein hohes Produktivitätswachstum als auch steigende Beschäftigung zu realisieren, sollte die Lebensarbeitszeit durch flexible Arbeitszeitmodelle gesenkt und damit das Arbeitsvolumen gleichmäßiger verteilt werden. Wegen der Unterschiede im Produktivitätsfortschritt und im Niveau der Reallöhne zwischen den einzelnen Branchen sowie wegen der unterschiedlichen Lohnstrukturen innerhalb der Branchen, müsste sowohl das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung als auch des Lohnausgleichs nach Branchen und/oder Unternehmen differenziert werden.

Innovative Arbeitszeitmodelle bei erfolgreichen Unternehmen wie Volkswagen oder BMW können in qualitativer Hinsicht als beispielhaft für essentielle Elemente eines auch im Hinblick auf das Verhältnis von Arbeit und Freizeit erneuerten „europäischen Modells“ gelten.

Das Beispiel jener beiden EU-Länder, in denen die Arbeitslosigkeit entgegen dem Trend in den letzten Jahren merklich gesenkt werden konnte, nämlich Dänemark und die Niederlande, macht deutlich, dass neben einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch andere Formen der Umverteilung des Arbeitsvolumens wesentlich zu einer höheren Beschäftigung beitragen können wie Teilzeitarbeit, Bildungskarenzen und „job sharing“.